

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Dienstag (Nachmittag), 10. September 2019 / Mardi après-midi, 10 septembre 2019

Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion / Direction des travaux publics, des transports et de l'énergie

48 2019.RRGR.103 Motion 085-2019 Hässig Vinzens (Zollikofen, SP)
Freiwilligkeit im Gebäudebereich stärken: Kantonales Förderprogramm für erneuerbare Energie und Energieeffizienz ausbauen!

48 2019.RRGR.103 Motion 085-2019 Hässig Vinzens (Zollikofen, PS)
Programme cantonal de promotion des énergies renouvelables et de l'efficacité énergétique

Gemeinsame Beratung der Geschäfte 2019.RRGR.63 und 2019.RRGR.103.

Délibération groupée des affaires 2019.RRGR.63 et 2019.RRGR.103.

Präsident. Wir kommen zu den Traktanden 47 und 48 in gemeinsamer Beratung. Ich übergebe die Ratsleitung an meinen hochverehrten Vizepräsidenten, Stefan Costa.

Der Vizepräsident, Stefan Costa, übernimmt den Vorsitz. / Le vice-président Stefan Costa prend la direction des délibérations.

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Danke, Herr Präsident. Traktandum Nr. 47, die Motion von Grossrat Stampfli «Energiesstrategie jetzt umsetzen!» (M 085-2019): Die Regierung ist bereit, diese als Postulat anzunehmen. Der Motionär hat das Wort.

David Stampfli, Bern (SP). Am 10. Februar 2019 lehnte das Berner Stimmvolk das Kantonale Energiegesetz (KEnG) ab. Leider, aus meiner Sicht. Das gilt es zu akzeptieren. Die Sache ist die: Mit der Ablehnung ist das Problem nicht vom Tisch. Wir wissen weiterhin: Wir müssen handeln. Der Klimawandel schreitet unaufhaltsam voran, und wir hatten im Kanton Bern einen Lösungsvorschlag, der keine Mehrheit fand. Also müssen wir uns überlegen, welche andere Lösung wir realisieren wollen. Da kann man den Kopf schütteln, das mag vielleicht daran liegen, dass man das Problem bisher nicht erkannt hat. Mit dem Vorstoss wollte ich direkt nach dieser Abstimmung mithelfen – ich war sicher auch nicht der Einzige –, dass man andere Lösungen finden kann, um dem Problem im Kanton Bern Herr zu werden. Aus meiner Sicht – oder vielleicht muss ich auch sagen, das KEnG, das ablehnt wurde, war ja schwergewichtig auf den Gebäudebereich ausgerichtet – ist das eigentlich immer noch richtig, aber wahrscheinlich müssen wir auch noch an anderen Orten den Hebel ansetzen. Deshalb habe ich nebst dem Gebäudebereich in meiner Motion auch darauf hingewiesen, dass man das CO₂ unbedingt im motorisierten Individualverkehr (MiV) und auch im Flugverkehr reduzieren muss.

Ein Learning aus der Abstimmung vom vergangenen Februar, und ich bin froh, dass sich die Regierung da die Mühe genommen hat, dies analysieren zu lassen: Wir müssen erstens der Stimmbevölkerung klar aufzeigen, was wir von ihr verlangen, welche Konsequenzen es hat, wenn man das KEnG so ändert, und zweitens: So etwas muss sozialverträglich umgesetzt werden. Bei der Abstimmung befürchteten viele Leute, die nicht Hauseigentümer oder Hauseigentümerin sind, es würde danach teurer werden. Es lag die Drohung in der Luft: «Ja, die Mieten werden dann steigen, weil man sofort eine neue Heizung hineintun muss.» Es wurde auch viel Zeug erzählt in diesem Abstimmungskampf, das nicht stimmte; das gehört bei Abstimmungskämpfen dazu. Es ist unsere Aufgabe als Parlament, den Leuten klarzumachen: Wir wollen den Klimawandel bekämpfen, wir wollen das Klima schützen, wir müssen Massnahmen ergreifen. Aber es sollen Massnahmen sein, die nicht diejenigen zuerst und am härtesten treffen, die das kleinste Portemonnaie haben. Und für mich heisst das, dass man darauf achtet, wenn man zum Beispiel noch einmal eine Vorlage zum KEnG macht, dass Leute, die kein grosses Portemonnaie haben, von einem Fonds oder einer Unterstützung profitieren können, um eine Ölheizung zu ersetzen. Für mich heisst das aber zum Beispiel

auch: Wenn wir sagen, wir wollen den MiV reduzieren, erheben wir nicht einfach dort eine Steuer, sondern das Ganze soll eine Lenkungsmassnahme sein. Das heisst zum Beispiel, dass man den ÖV verbilligen würde, insbesondere und gerade im Kanton Bern mit den ganz vielen verschiedenen kleinen Tälern, damit genau diese auch gut erschlossen sind. Das Beispiel der Gilets Jaunes aus Frankreich hat sehr gut gezeigt, was passieren kann, wenn man einseitig einfach den Benzinpreis erhöht, aber keine Alternativen bietet. Der ÖV in Frankreich ist mit wenigen Ausnahmen nicht unbedingt gerade grossartig. Genau das müssen wir besser machen. Wir müssen den Leuten zeigen: «Schaut, wir handeln, aber wir nehmen euch mit.» In diesem Sinn ist mein Vorstoss zu verstehen. Die Regierung ist bereit, die Motion (M 085-2019) als Postulat entgegenzunehmen. Ich habe mich ein wenig umgehört und habe den Eindruck, dass ein Postulat hier drin eine Mehrheit finden dürfte. Ich bin deshalb auch gerne bereit, den Vorstoss in ein Postulat zu wandeln. Danke für die Unterstützung.

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Das Geschäft wird gemeinsam beraten mit dem Geschäft Nr. 48. Deshalb für diese Motion «Energiestrategie jetzt umsetzen!» ist das Wort ... Entschuldigung. Das Wort ist frei für Grossrätin Hässig.

Kornelia Hässig Vinzens, Zollikofen (SP). Ja, wie schon gesagt wurde: Knappe Ablehnung der Revision des KEnG, das schmerzt mich immer noch ein wenig. Wir müssen aber vorwärtsschauen und da gilt es jetzt eigentlich, dass man das Argument, das im Lauf des Abstimmungskampfs immer wieder ins Feld geführt wurde, nämlich, dass es auch freiwillig geht, dass man dieses Argument wieder aufnimmt. Aus meiner Sicht geht es eigentlich eben nicht freiwillig, es sei denn über das Portemonnaie, und da sind sicher viele von Ihnen hier drin mit mir einig. Wir haben einen Notstand, wir müssen Sanierungsraten des Gebäudeparks unbedingt erhöhen. Diese sind noch viel zu tief, und wir müssen dafür sorgen, dass die 28 000 Ölheizungen, die in den nächsten Jahren ersetzt werden müssen, eben nicht durch Ölheizungen ersetzt werden, sondern durch Wärmepumpen oder eine andere erneuerbare Technologie. Das geht sicher nicht freiwillig, sondern nur, wenn Geld fliesst. Die Regierung hat schon einen ersten Schritt gemacht, und die Förderbeiträge für erneuerbare Heizungen erhöht. Das finde ich einen ganz klugen Schritt. Leider hat sie aber im Gegenzug andere Beiträge heruntergesetzt, weil sie nicht mehr Geld zur Verfügung hat. Das hingegen ist falsch. Es braucht mehr Geld für Fördergeld, damit wir die Klimaziele erreichen können. Denn es darf nicht sein, dass es auf einmal weniger Geld gibt, wenn man das Gebäude isoliert, das ist nämlich gerade so wichtig.

Wenn ein Kanton nicht fähig ist, jährlich 1 bis 2 Mio. Franken mehr an Fördergeldern zu vergeben, dann haben wir tatsächlich einen Notstand im Kanton Bern. Und wenn die Regierung sagt, sie werde dann schon schauen, dann ist das für mich wenig vertrauensenerweckend. Dann wird es im Geringsten um das Geld immer wieder untergehen. Deshalb müssen wir die Regierung verpflichten, hier in den nächsten Jahren einen Schwerpunkt zu setzen. Das muss jetzt Priorität haben. Jährlich 1 Mio. Franken mehr, das ist auch für die Verwaltung machbar. Wenn wir das Ziel erreichen wollen ... Wenn das Ziel der Verdoppelung dann halt bis 2030 nicht erreicht ist, ja dann gehen wir natürlich auch nicht gerade nach Strasbourg, aber wir müssen jetzt Gas geben. Es ist in unser aller Interesse, dass die Gebäude jetzt saniert werden und nicht in zwanzig Jahren. Es ist auch im Interesse der Mieter, und wir dürfen jetzt nicht Hausbesitzer und Mieter gegeneinander ausspielen. Schlussendlich profitiert die Gesamtgesellschaft, wenn wir möglichst schnell fossilfrei werden. Mehr Geld gleich mehr Anreiz. Ich bitte Sie hier im Saal, die Regierung in die Pflicht zu nehmen und der Motion zuzustimmen. Das erwarte ich vor allem von der FDP. Denn sonst gibt es eben nichts anderes als Verbote, und das wollen Sie ja partout nicht.

Dann noch kurz zum Punkt 2: Es geht nicht darum, dass der Kanton zum Ausbildner werden soll. Es geht darum, dass Weiterbildungen von Fachpersonen in Form von Halbtagesveranstaltungen oder Abendveranstaltungen wichtig sind, weil solche Veranstaltungen die Fachleute sensibilisieren. Und da hat man tatsächlich noch ein Manko. Solche Veranstaltungen kann der Kanton auch über indirekte Massnahmen bei den Globalbeiträgen anrechnen. Der Kanton ist bereit, dies als Postulat (M 045-2019) entgegenzunehmen, und deshalb sind wir auch bereit, den Punkt 2 zu wandeln und hoffen auf Ihre Unterstützung.

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Die beiden Mitmotionäre zum Traktandum 48 haben sich noch miteingeloggt. Zuerst Kilian Baumann.

Kilian Baumann, Suberg (Grüne). Die Volksabstimmung zur Änderung des KEnG wurde gegen den Willen des Regierungsrates und gegen den Willen von uns, des Grossen Rates, leider ganz knapp abgelehnt. Meine Vorredner haben es bereits erwähnt. Der Regierungsrat hat in einer Medienkonferenz nach der Abstimmung seine Haltung noch einmal bekräftigt, dass er Handlungsbedarf sieht bezüglich Klimaschutz. Nur leider hat der Regierungsrat aus unserer Sicht noch nicht erkannt, wie dringend der Handlungsbedarf ist. Und auch wir hier im Grossen Rat sehen Handlungsbedarf, einerseits mit der Erklärung des Grossen Rates zur Klimapolitik (*GRB/AGC 2019.RRGR.43*), und andererseits hat der Grosse Rat beschlossen, dass der Klimaschutz als vordringliche Aufgabe in der Verfassung des Kantons Bern (KV) verankert werden soll (*PI/IP 187-2018*). Der Regierungsrat sollte nicht erst nächsten Sommer, wie das beabsichtigt wird, sondern so rasch wie möglich aufzeigen, wie er mit der Klima- und Energiepolitik vorwärtskommen möchte. Der Klimaschutz gehört zuoberst auf die Traktandenliste der Kantonsregierung. Es braucht mehr Tempo bei der Erarbeitung von zusätzlichen Massnahmen zur Umsetzung der kantonalen Energiestrategie und insbesondere zur CO₂-Reduktion beim Verkehr, aber auch bei den Gebäuden. Die Motion von Kornelia Hässig (*M 085-2019*) ist ein Vorschlag für eine mögliche Massnahme. Stimmen Sie doch dieser Massnahme zu.

Eine weitere Massnahme oder eine weitere Möglichkeit – dies vielleicht so als Anregung an den Regierungsrat – wäre die Möglichkeit, den GEAK komplett zu finanzieren, anstatt einer Subventionierung zur Hälfte durch Kanton. Dann wäre es wahrscheinlich ... Dann würde er auch massiv an Schrecken verlieren, den er jetzt noch bei der Bevölkerung auslöst, und dann würde er einfach noch als sehr positives Instrument wahrgenommen werden. Mir selbst erging es jedenfalls so, ich empfand den GEAK als sehr positiv. Man kann einfach ein Telefonat machen und hat danach eine Beratung durch eine im Gebäudebereich sehr kompetente Person – eine Person, die einem nicht einfach etwas verkaufen möchte, sondern die einen unabhängig berät und auch ein Programm aufzeigt, wie man sein Gebäude sanieren könnte. Nochmals zurück zum Postulat, jetzt zum Postulat Stampfli (*M 045-2019*): Unterstützen Sie dieses Postulat doch auch.

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Das Wort geht an den Mitmotionär Martin Aeschlimann.

Martin Aeschlimann, Burgdorf (EVP). Ja, die Energiestrategie 2050 fordert ja nicht nur den Ausstieg aus der Atomkraft, sondern auch den Verzicht auf fossile Brennstoffe. Wenn wir diese Herkulesaufgabe schaffen wollen und nicht nur über die Hintertür wieder Atom- und Kohlestrom importieren wollen, müssen wir den bestehenden Gebäudepark besser anschauen und modernisieren. Kornelia Hässig hat es gesagt. Die Sanierungsraten sind viel zu tief, als dass der Heizwärmeverbrauch dort wirksam gesenkt und damit auch ein Beitrag an die Energiestrategie geleistet werden könnte. Im Moment ist die Rate zu tief. Es sind also die Bestandesbauten und nicht die Neubauten, die wir in den Fokus nehmen müssen. Bei den Neubauten sind wir mittlerweile so weit, dass wir heute problemlos Bauten erstellen können, die praktisch eine Nullbilanz haben über das Jahr gesehen. Dass überhaupt eine Liegenschaftsbesitzerin oder ein Liegenschaftsbesitzer etwas unternimmt und am Gebäude etwas macht – da spreche ich jetzt aus meiner Erfahrung als Architekt –, da spielt eben unter Umständen das Fördergeld auch ein wenig eine Rolle. Es kann sein, dass das eben ein Anreiz sein kann, ein Auslöser, damit man das eine oder andere mehr macht. Die Regierung hat sich natürlich zu beiden Seiten etwas überlegt. Das sehen wir hier in ihrer Antwort. Sie sieht natürlich einerseits die Energiestrategie, die sie dazu führt, dass sie den Vorstoss hier unterstützen würde, andererseits sieht sie aber auch das Portemonnaie und sagt: «Wir haben hier zu wenig Geld dafür.»

Liebe Frauen und Männer, das muss uns etwas kosten, wenn wir dort erfolgreich sein wollen, wenn wir dort einen Schritt weiterkommen wollen. Ich verstehe es auch nicht, weil das ja auch Investitionen sind, die vor allem in der Bauwirtschaft wieder ankommen, die vor Ort getätigt werden, die irgendwo auch wieder Steuern generieren, und das macht eigentlich Sinn. Die Argumente, diese kennen wir also alle. Ich bin manchmal überrascht, dass nicht gerade die bürgerlichen KMU-Vertreterinnen und -Vertreter in einer solchen Anreizförderung und was diese eben bewirken kann, auch eine Chance sehen.

Vielleicht noch zum Punkt 2 dieses Vorstosses (*M 085-2019*): Ich glaube, dort ist es ein bisschen ein Missverständnis; es wird nämlich von Wissen geredet, und es geht natürlich nicht darum, dass man da einen Schulbetrieb hochfährt. Es geht darum, dass man auf eine Art das Know-how vermittelt. Das ist das, was bei der BVE an Wissen vorhanden ist, das, was sie eigentlich erreichen wollen

mit den Handwerkern zusammen, mit den Installateuren, damit das dort auch ankommt. Mir scheint auch, dass es Sinn macht, dass man dort etwas mehr macht, und ich rede auch aus Erfahrung. Ich habe es erlebt im Vorfeld der Abstimmung zum KEnG. Da kamen Installateure zu mir, die fragten: «Ja, was passiert jetzt da alles genau? Können wir jetzt unseren Kunden noch eine Ölheizung hintuntun, oder müssen wir sofort wechseln?» und so weiter. Und ich muss Ihnen sagen, dass es sogar zu Panikkäufen führte, dies also wirklich an die Adresse der BVE. Es kam vor, dass Gasheizungen oder Ölheizungen sofort noch ausgewechselt wurden, weil man Angst hatte, dass man das nachher nicht mehr kann. Und das ist nicht Sinn der Sache. Dort hätte die BVE ... *(Der Vizepräsident bittet den Redner zum Schluss zu kommen. / Le vice-président demande à l'orateur de conclure.)* Jawohl. ... die BVE hätte aktiver werden oder mehr dazu sagen müssen.

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Dann gehen wir über zu den Fraktionssprechenden, zuerst Ueli Frutiger für die BDP.

Ueli Frutiger, Oberhofen (BDP). Ich nehme zuerst zur Motion Stampfli (*M 045-2019*) Stellung. Die Motion passt haargenau in die Stossrichtung, welche die BDP vertritt. Wir müssen bei den Klimafragen einen Schritt weiterkommen, wir werden das Postulat unterstützen.

Zur Motion Hässig (*M 085-2019*) im ersten Punkt: Auch diesen unterstützen wir. Es ist wichtig, dass der Gebäudepark saniert wird. Jakob Schwarz hat vorhin reklamiert, dass man mit der Unterstützung des Ölheizungsersatzes dem Gebäudeprogramm Mittel entziehen würde. Die Mittel werden hier wieder zur Verfügung gestellt. Diesen Punkt muss man annehmen. Der zweite Punkt: Wir waren zuerst ein wenig unsicher, wie er gemeint ist. Wenn es so ist, wie Kornelia Hässig vorhin erklärt hat, dass es darum geht, Weiterbildung sicherzustellen, neue Verordnungen und Gesetze den betroffenen Leuten vorzustellen, sind wir einverstanden und nehmen das Postulat an.

Daniel Trüssel, Trimstein (glp). Wir werden uns bei beiden Motionen oder Vorstössen an die Regierungslinie halten. Die Motion Stampfli (*M 045-2019*) ist klar. Das kann man so machen, als Motion unterstützen wir das. Bei der Motion Hässig (*M 085-2019*) ist vor allem der erste Punkt ... Ich mache dort im täglichen Leben einfach ein wenig eine andere Erfahrung: Es sind leider viele Mitnahmeeffekte. Institutionelle Bauherren, die rechnen können, die gehen schon heute eine Gebäudesanierung an, die machen ein Gebäude fit für die Zukunft und setzen auf erneuerbare Energie. Die machen das sowieso. Leider kommt dort, nachdem das Budget meistens schon festgehalten ist, immer noch die Frage: «Was bekomme ich noch an Subventionen?», und das ist für mich der falsche Ansatz. Wir wollen mit diesen Fördergeldern keine Mitnahmeeffekte erzielen, sondern man sollte schauen, dieses Geld zielgerichtet einzusetzen, dort, wo wir tatsächlich neue Objekte und den Sanierungsstau, den wir in der Tat haben, auflösen können.

Ich orte das Problem an einem ganz anderen Ort, und zwar einfach beim Fachkräftemangel. Deswegen müssen wir uns schon auch bewusst sein. Wenn wir die Energiewende in dem Tempo vorantreiben wollen, wie das die Energiestrategie vorgibt, dann graut mir. Ich sehe die Fachleute nicht, die in der Lage sein werden, ein solches Volumen überhaupt abzuarbeiten. Ich habe heute die grössten Probleme, wenn wir ein grösseres Objekt ausschreiben, schon nur drei Offerten im Submissionsverfahren zu bekommen, geschweige denn irgendwo auf Termin eine Truppe von Installateuren, die ein Objekt sanieren können. Ich bin der Meinung, dort müssten wir vor allem ansetzen, damit das Handwerk, die Installateure wieder etwas zählen, dass man die Jungen dazu motivieren kann, in einen Job zu gehen, bei dem es um Gebäudehüllen oder um Installationen geht. Wenn man nachher starke Installateure auf dem Markt hat, die agil auf dem Markt handeln, dann werden diese schon auf ihre Kunden zugehen und ihnen vernünftige, wirtschaftlich sinnvolle Angebote machen und sie in eine Richtung beraten, wie sie eben diese Häuser isolieren und heizen sollen, und ihnen aufzeigen, dass diese Massnahmen ja schon heute wirtschaftlich sind. Das ist ja der Teufel. Wir sind sowieso dort dezidiert der Meinung, man sollte wegkommen von allen Subventionen, Verböten und Vorschriften, aber das CO₂ sollte einen vernünftigen Preis erhalten, der zwar hoch genug ist, um diesen Sanierungsstau aufzulösen. Dann hätten wir alle Probleme gelöst. Wir halten uns also hier vollumfänglich an die Regierung. Ich hoffe, sie nehmen den Hinweis ernst, dass unsere Handwerker dort unterstützt werden sollten, damit die Berufslehren wieder etwas gelten, und dann können wir auch die Häuser sanieren.

Daniel Klauser, Bern (Grüne). All das, was in Postulat gewandelt wurde, dürfte ja weitgehend unbestritten sein. Ich glaube, der Kernpunkt ist der Punkt des zweiten Vorstosses (*M 085-2019*), der

erste Punkt, der eine Motion ist. Ich glaube, das ist das, wo es Fleisch am Knochen hat und wo es sich noch darüber zu diskutieren lohnt. Jetzt war ich schon ein wenig erstaunt über meinem Vorredner, Daniel Trüssel. Es ist alles wichtig, was er zum Fachkräftemangel gesagt hat, dass es da Anstrengungen braucht, um eben überhaupt die Leute herzubringen, die die Sanierungen danach machen können. Aber wir können noch lange davon reden, dass es eigentlich besser wäre, irgendwo auf Bundesebene eine Lenkungsabgabe einzuführen, weil das in der Theorie, der ökonomischen, der effizientere Weg wäre. Das stimmt schon alles. Aber wir sind hier in der Realität und bei dem, was politisch machbar ist. Da ist es halt einfach so, dass wenn wir heute hier die Chance haben, mit der Erhöhung dieses Gebäudeprogramms dazu beizutragen, dass mehr saniert wird, dann leisten wir einen konkreten Beitrag zum Klimaschutz, der konkret ist, der kurzfristig und schnell eine Wirkung entfalten kann. Da bitte ich doch die glp, die Haltung, die jetzt kommuniziert wurde, noch einmal zu überdenken und sich zu überlegen, ob sie nicht doch dem Punkt 1 dieser Motion (*M 085-2019*) zustimmen könnte, um diesen Gebäudesanierungen hier wirklich Schub zu leisten und sich vielleicht in diesem Punkt auch ein Beispiel an der BDP zu nehmen.

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Für die SP-JUSO-PSA-Fraktion, Grossrat Mentha.

Luc Mentha, Liebefeld (SP). Die beiden Vorstösse Stampfli (*M 045-2019*) und Hässig (*M 085-2019*) unterstützen wir von der SP-Fraktion. Der eine will die Energiestrategie jetzt umsetzen, der andere sieht freiwillige Massnahmen im Gebäudebereich vor. Und weshalb tun wir das? – Die Welt wird heute vom Klimawandel, der von uns gemacht ist, massiv bedroht. Das Gletschersterben, die Hitzesommer ohne Regen, dafür mit schlechten Ernten, die sintflutartigen Regenfälle mit Überschwemmungen und Murgängen und vieles mehr – das alles sind deutliche Indikatoren, welche die Gefahren und Folgen des Klimawandels drastisch aufzeigen. Die Erkenntnis, dass die Menschen daran sind, die Welt zu zerstören, setzt sich immer mehr durch. Der Handlungsbedarf ist gegeben und er ist dringend. Wir müssen vorwärts machen mit der Energiewende und mit dem Klimaschutz. Wir müssen wegkommen vom Erdöl und vom Erdgas. In verschiedenen Bereichen muss etwas gehen. Wir können auch im Kanton Bern Massnahmen beschliessen und einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Beim MiV müssen wir Lenkungsmassnahmen ergreifen, damit bei der Motorfahrzeugsteuer ... Das ist eingefädelt, dazu ist eine Motion eingereicht worden, und der Regierungsrat den Ball aufgenommen. Ich verweise auf die Steuerstrategie.

Es gibt ein Problem, das bis heute völlig verdrängt wird, nämlich die Klimaschädigung durch den Flugverkehr. Auch das muss man anpacken. Wenn eine Zugreise von Zürich nach Nizza weniger kostet, als eine Postautofahrt von Bern nach Guggisberg, dann stimmt etwas definitiv nicht mehr. Die kommende Diskussion um das Belpmoos wird zeigen, dass man auch im Kanton Bern diesbezüglich handeln kann. Und schliesslich geht es auch um den Gebäudebereich bei diesen Vorstössen, bei beiden, und um neue Massnahmen nach der verlorenen Abstimmung. Die «hundslausige» Sanierungsquote beim Gebäudepark müssen wir anpacken. Wir müssen die klimaschädigenden Heizungen erneuern, und wir müssen die bessere Wärmedämmung unserer Häuser vorantreiben. Der Vorstoss ist – es wurde gesagt – eine Reaktion auf die Ablehnung des revidierten KEnG. Liebe Kollegen, nach dem Volksentscheid ist der Handlungsbedarf nicht etwa gesunken, er ist gestiegen. Wir dürfen die Hände nicht in den Schooss legen. Die Energiewende – das ist meine persönliche Auffassung und meine ehrliche Auffassung – wird etwas kosten. Das ist so. Das ist, glaube ich, allen klar. Aber man muss einfach bedenken, dass Nichtstun uns als Gesellschaft deutlich mehr kosten wird. Das ist in aller Kürze die sehr klare Haltung seitens unserer SP-Fraktion. Wir unterstützen die beiden Vorstösse einstimmig und aus Überzeugung.

Sandra Hess, Nidau (FDP). Die beiden Vorstösse – wir haben es gehört – wurden im Nachgang zur Abstimmung über das KEnG eingereicht, eine Vorlage, die das bernische Stimmvolk am 10. Februar 2019 abgelehnt hat. Sie werfen die Frage auf, wie der Kanton Bern seine Energieziele jetzt trotzdem erreichen will, und sie machen auch konkrete Vorschläge. Diese Fragen darf man auf jeden Fall aufwerfen, diese muss man aufwerfen. Allerdings erinnern wir zugleich daran, dass eben das Berner Stimmvolk das KEnG abgelehnt hat, und auch diesen Entscheid gilt es zu akzeptieren und zu respektieren. Zu respektieren gilt es insbesondere die Sorge der Bevölkerung und der Wirtschaft, dahingehend wie und vor allem von wem die konkreten Massnahmen finanziert werden sollen. Schliesslich, das wissen wir alle, wächst das Geld nicht im Garten, es muss zuerst in der Wirtschaft verdient werden. Und die Regierung legt in ihrer Antwort auf die Motion Stampfli (*M 045-2019*) dar, dass sie sich diese Gedanken macht und dass sie das Ergebnis im Rahmen der Bericht-

erstattung an den Grossen Rat darlegen wird. Wir erachten dieses Vorgehen als zielführend. Deshalb werden wir dem Vorstoss Stampfli (*M 045-2019*) in Form des Postulats zustimmen.

Die Motion Hässig (*M 085-2019*) lehnen wir auch als Postulat mehrheitlich ab. Wir widersetzen uns nicht grundsätzlich höheren Förderbeiträgen oder Massnahmen zur Förderung von Gebäudesanierungen. Aber wir wollen, dass man die Mittel dazu im Rahmen einer finanziellen Gesamtbetrachtung des bernischen Finanzhaushalts festlegen kann. Und wir wollen nicht jetzt einen fixen Automatismus festlegen und so regeln. Auch dem Punkt 2 können wir nichts abgewinnen. Es kann nicht sein, dass das Parlament festlegt, wie das Wissen und die Fähigkeiten der Berufs- und Fachleute vom Staat besonders gefördert werden müssen. Auch das ist Aufgabe der Wirtschaft und es ist Aufgabe der Berufs- und Fachverbände.

Zusammenfassend die Haltung der FDP-Fraktion zu den Traktanden 47 und 48: Die Motion Stampfli (*M 045-2019*) nehmen wir als Postulat an, die Motion Hässig (*M 085-2019*) werden wir mehrheitlich als Postulat ablehnen.

Jakob Schwarz, Adelboden (EDU). Zum ersten Vorstoss (*M 045-2019*) hat die Fraktion punktweise eine unterschiedliche Haltung. Den ersten Punkt können wir unterstützen.

Die Punkte 2 und 3 werden wir auch in Form des Postulats ablehnen. Es wird einmal mehr nur fokussiert auf Individualverkehr, Flugverkehr und Gebäudebereich. Individualverkehr und Flugverkehr, hier liegen die Kompetenzen beim Bund, der Kanton hat kaum einen Spielraum. Das hat der Regierungsrat in seiner Antwort auch ausgeführt. Ich verweise in diesem Zusammenhang noch auf das, was ich schon in der Junisession gesagt habe: Das sind nur Teilbereiche, es gibt weitere neuzeitliche Bereiche, wo sehr grosse CO₂-Emissionen anfallen, die aber hier nie erwähnt oder kritisiert werden. Ich mache es deshalb jetzt noch einmal: Onlinehandel, Zalando: Von 20 Mio. Paketen in der Schweiz werden 10 Mio. zurückgeschickt, zum Teil die Ware weggeworfen. Der CO₂-Ausstoss wurde von der Universität Bamberg auf 9000 Tonnen pro Jahr beziffert. Ich frage jetzt den Kollegen Stampfli nicht, wie viele Zalando-Pakete er schon zurückgeschickt hat.

Das zweite Problem: Food-Waste. 2,6 Mio. Tonnen Lebensmittel, 1 Mio. Tonnen in den Haushalten, werden weggeworfen. Unnötige Emissionen durch Produktion, Verpackung, Transport. Es redet niemand davon. Wir werden deshalb die Punkte 2 und 3 ablehnen.

Zur zweiten Motion (*M 085-2019*) haben wir auch eine differenzierte Haltung. Zu Punkt 1: Da kann ich den Kollegen Frutiger beruhigen. Ich weiss, was ich zur Motion beim Traktandum 44 (*M 021-2019*) gesagt habe. Die EDU-Fraktion unterstützt Fördergelder – Fördergelder nicht nach der Giesskanne, sondern situations- und einkommensbedingt. Die Energiestrategie kostet uns etwas, wenn wir das wollen. Beim Punkt 2 sind wir der Meinung, dies sei privat abgedeckt. Es ist nicht nötig, dass der Staat bei der Ausbildung eingreift, und das werden wir ablehnen.

Madeleine Amstutz, Sigriswil (SVP). Am 10. Februar lehnten die Berner Bürgerinnen und Bürger – unsere Chefs – das KEnG ab. Einmal mehr sehen wir, wie die SP mit Volksentscheiden umgeht. Keinen Monat später wurde der erste Vorstoss (*M 045-2019*) eingereicht und ein paar Tage danach schon der nächste (*M 085-2019*). Das ist auch ganz klar wieder ein Angriff, schwergewichtig auf den Individualverkehr und auf den Flugverkehr; so steht es darin. Die SVP setzte sich immer auf freiwilliger Basis für den schonenden Umgang mit den Ressourcen ein. Vieles wurde denn auch gemacht, aber es wurde nicht immer darüber geredet, sondern nur gehandelt, besonders in der Landwirtschaft, aber auch in Gewerbebetrieben. Flächendeckend mehr Bürokratie, Vorgaben und Gesetze sind in diesen Bereichen auch nicht zielführend. Wenn es dann aber um die Umsetzung von konkreten Projekten geht, wie zum Beispiel die Erhöhung der Grimsel-Staumauer, dann sind es wieder dieselben Kreise, die dagegen sind. Weshalb die kantonalen Beiträge nicht massiv erhöht werden können, hat die Regierung zum Punkt 1 der Motion 085-2019 klar begründet. Die SVP-Fraktion respektiert Volksentscheide und lehnt beide Vorstösse in allen Punkten ab.

Martin Aeschlimann, Burgdorf (EVP). Die EVP-Fraktion wird beide Vorstösse unterstützen. Die umweltpolitischen Überlegungen dazu habe ich bereits geäussert. Vielleicht noch zum zweiten Vorstoss (*M 085-2019*), eben zum kantonalen Förderprogramm für erneuerbare Energien und energieeffizientes Ausbauen. Dazu wollte ich noch etwas sagen an die Adresse der glp. Sie, Daniel Trüssel, haben mich schon ein wenig überrascht, dass Sie da den liberalen Teil Ihres Parteiprogramms so kaschiert haben mit den institutionellen Investoren einerseits und mit dem Fachkräftemangel andererseits. Ich denke also, das ist nicht das Problem. Das Problem, also die Idee oder die Stossrichtung dieser Forderung, geht vor allem an die Privaten, welche sonst nichts machen würden. Und

dort können Anreize eben durchaus sehr wirksam sein. Ich möchte Ihnen gerne beliebt machen, dort die Forderung so zu überweisen.

Zum zweiten Punkt, da wurde ich vorhin als Mitmotionär nicht ganz fertig. Es ist mir wirklich ein Anliegen. Ich denke, dort ist noch Potenzial drin. Wenn also wieder ein KEnG zur Abstimmung kommt, sollte sich die BVE eigentlich wirklich Gedanken machen, was gegenüber dem Installateur kommuniziert wird, gegenüber dem Unternehmer vor Ort, der von den Hausbesitzerinnen und Hausbesitzern gefragt wird, weil sie eine Heizung auswechseln müssen. Dieser sollte dort kompetent Auskunft geben können und sollte Bescheid wissen, welche Auswirkungen das KEnG hat, respektive was eben geändert wird. Das fände ich sehr wichtig, ansonsten kann es eben kontraproduktiv sein. Ich erlebte dies an der eigenen Liegenschaft, wo wir mit unserem Architekturbüro inmitten der Stadt Burgdorf zur Miete sind. Dort wurde wirklich ein wenig panikartig einfach noch die Ölheizung durch eine Gasheizung ersetzt, weil man befürchtet hat, dass das neue KEnG das nachher verunmöglichen würde. Und das ist nicht der Sinn der Sache. Also: Ich denke, dort hat die BVE noch Potenzial, und ich würde auch sagen, dass dies mit einfachen Veranstaltungen geschehen müsste; es muss nicht eine aufwendige Geschichte sein, es ist ganz wichtig, dass diese Infos, das Wissen bis zu den Fachleuten vor Ort kommt.

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Wir kommen zu den Einzelsprechenden. Bisher hat sich Grossrat Alberucci eingetragen. Er hat das Wort.

Luca Alberucci, Ostermundigen (glp). Ich komme zwar als Einzelsprecher nach vorne, aber im Namen der gesamten Glp-Fraktion. Wir haben uns ja, wie unser Fraktionsredner gesagt hat, eigentlich inhaltlich mit diesem Punkt 1 der Motion Hässig (*M 085-2019*) auseinandergesetzt und sind eigentlich zum Schluss gekommen, dass die Gelder effizienter investiert werden könnten, weil, so wie es Dänu Trüssel gesagt hat, weil man es hier aus der Praxis heraus – er kennt diese ja – eigentlich mit sogenannten Mitnahmeeffekten zu tun hat. Wir haben aber jetzt auch verstanden, dass wir hier durchaus die Möglichkeit haben, bis 2030 die Probleme, die wir haben, diese Mitnahmeeffekte, diese Sachen zu adressieren und die zusätzlichen Mittel einzusetzen im Sinne eines wirklich zusätzlichen Anreizes, der unsere Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer dazu bewegt, die energetische Sanierung schneller zu vollziehen. In diesem Sinn sind wir der Meinung, dass man zusätzliche Mittel durchaus einsetzen kann. Wir regen aber auch den Regierungsrat an, sich gut zu überlegen, dass die zusätzlichen Mittel effektiv auch eine klare Anreizwirkung haben. In diesem Sinn: Wir haben der Debatte aufmerksam zugehört. Entsprechend haben auch alle in unserer Fraktion die Meinung geändert, und wir werden den Punkt 1 der Motion Hässig (*M 085-2019*) annehmen.

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Ich habe keine weiteren Einzelsprechenden mehr. Die Motionärin, der Motionär wollen, wenn überhaupt, anscheinend erst nachher reden. Das Wort geht an die Regierung.

Christoph Neuhaus, Bau-, Verkehrs- und Energiedirektor. Ich habe auch gut zugehört und hatte das Gefühl, Plautus sei auferstanden. Das ist ein altrömischer Dramatiker, und dieser sagte einmal: «Man muss Geld ausgeben, um Geld zu verdienen.» Und trotzdem lehnen wir die Motion 085-2019 von Kornelia Hässig ab. Wir wollen keine fixe jährliche Erhöhung der Kantonsbeiträge. Das, und vor allem auch aus finanzpolitischer Sicht ... Denn der Regierungsrat hat es mehr mit Honoré de Balzac: «Die, die ihr Geld zu schnell ausgeben, die werden nie reich.» Der Kanton Bern hat einen Überfluss an Geldmangel, daher mahnen wir zur Zurückhaltung. Die Erhöhung der Mittel für die Weiterbildung der Fachleute werden wir hingegen prüfen. Danke.

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Das Wort hat noch einmal die Vorstossende, Frau Hässig.

Kornelia Hässig Vinzens, Zollikofen (SP). Ja, ich möchte der glp ganz herzlich danken, dass sie ihre Meinung geändert hat. Ich bin sehr froh, weil ich eigentlich die Hoffnung schon in sie gesetzt habe. Ich möchte einfach noch etwas zur SVP und zur BDP sagen. Es geht nicht darum, dass wir die Abstimmung nicht respektieren können. Das haben wir und das tun wir. Aber wir finden, wir wollen auch Lösungen aufzeigen, weil jene, welche keine Lösungen aufzeigen, das Klimaproblem einfach nicht ernst nehmen. Das muss man einfach mal sagen. Und ich bin dann mal gespannt auf Ihre Lösungen, hoffe aber sehr, dass wir das jetzt durchbringen. Denn ich glaube nach wie vor, dass

dies im Moment die schnellste und die beste Lösung ist, und ich kenne niemanden, der im Moment eine bessere hätte. Ich danke allen, die jetzt diesem Punkt 1 (*M 085-2019*) zustimmen.

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Wir kommen zur Beschlussfassung. Vorstoss zu Traktandum Nr. 47 (*M 045-2019*), jetzt in der Form des Postulats. Ein Teil der Fraktionen hat differenziert argumentiert. Deshalb werden wir punktweise darüber befinden. Punkt 1: Wer diesen als Postulat annehmen will, stimmt Ja, wer dies nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (Geschäft 2019.RRGR.63; Motion 045-2019; Ziff. 1 als Postulat)
Vote (Affaire 2019.RRGR.63 ; motion 045-2019 ; ch. 1 sous forme de postulat)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui	104
Nein / Non	40
Enthalten / Abstentions	4

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Sie haben den Punkt 1 angenommen, mit 104 Ja- zu 40 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen.

Punkt 2: Wer diesen als Postulat annehmen will, stimmt Ja, wer das nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (Geschäft 2019.RRGR.63; Motion 045-2019; Ziff. 2 als Postulat)
Vote (Affaire 2019.RRGR.63 ; motion 045-2019 ; ch. 2 sous forme de postulat)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui	98
Nein / Non	53
Enthalten / Abstentions	0

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Sie haben auch den Punkt 2 abgelehnt, mit 98 Ja- ... (*Heiterkeit / Hilarité*) Nein, Sie haben den Punkt 2 angenommen, mit 98 Ja- zu 53 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen.

Punkt 3: Wer diesen annehmen will, stimmt Ja, wer dies nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (Geschäft 2019.RRGR.63; Motion 045-2019; Ziff. 3 als Postulat)
Vote (Affaire 2019.RRGR.63 ; motion 045-2019 ; ch. 3 sous forme de postulat)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui	101
Nein / Non	48
Enthalten / Abstentions	1

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Der Punkt 3 wurde angenommen, mit 101 Ja- gegen 48 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung.

Wir kommen zum Traktandum Nr. 48 (*M 085-2019*). Dort steht der Punkt 1 als Motion an und der Punkt 2 als Postulat. Wer den Punkt 1 als Motion annehmen will, stimmt Ja, wer dies nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (Geschäft 2019.RRGR.103; Motion 085-2019; Ziff. 1)

Vote (Affaire 2019.RRGR.103 ; motion 085-2019 ; ch. 1)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 94

Nein / Non 57

Enthalten / Abstentions 0

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Sie haben den Punkt 1 angenommen, mit 94 Ja- zu 57 Nein-Stimmen.

Punkt 2: Wer diesen als Postulat annehmen will, stimmt Ja, wer dies nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (Geschäft 2019.RRGR.103; Motion 085-2019; Ziff. 2 als Postulat)

Vote (Affaire 2019.RRGR.103 ; motion 085-2019 ; ch. 2 sous forme de postulat)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 91

Nein / Non 59

Enthalten / Abstentions 1

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Sie haben den Punkt 2 als Postulat angenommen, mit 91 Ja- zu 59 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung.

Die Ratsführung geht wieder zurück an den Präsidenten.

Der Präsident, Hannes Zaugg-Graf, übernimmt wieder den Vorsitz. / Le président Hannes Zaugg-Graf reprend la direction des délibérations.